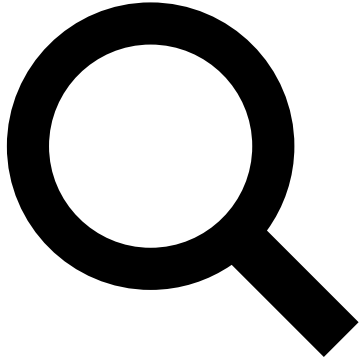


IGFM fordert gleiche Menschenrechte für alle



„Universalität der Menschenrechte – Gleiche Menschenrechte für alle!“ – unter diesem Motto stand die vom 27. bis 28. März in Bonn stattgefundene Jahreshauptversammlung der Deutschen Sektion der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), an der zwei Mitglieder der PI-Gruppe Ruhr-West, Dr. Dietrich K., Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft, und Gabriele K., Angehörige eines im KZ ermordeten (wahrhaften) Antifaschisten, teilnahmen.

Wir schreiben diesen Beitrag, um einen Appell an alle PI-Leser zu richten: “Empört Euch ob der zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, protestiert, demonstriert gegen Diskriminierung und Unrecht, schreibt die deutschen sowie die Politiker der betreffenden Staaten an, fordert gleiche Menschenrechte für alle, fordert die Universalität der Menschenrechte, die nicht verhandelbar, allgemeingültig und nicht in Frage zu stellen sind!”

Die IGFM ist eine NGO, die 1972 gegründet wurde, als alle gegen den Vietnamkrieg protestierten, aber niemand gegen die sowjetischen Straflager und die Schiessbefehle an der innerdeutschen Grenze. Niemand setzte sich für die Opfer ein, niemand für die politischen Gefangenen und Verfolgten in osteuropäischen Staaten. Heute setzt sich die IGFM

insbesondere für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen in islamischen Staaten ein, aber ebenso für die Verfolgten anderer diktatorischer Staaten, z.B. China und Kuba.

Die Universalität der Menschenrechte war angesichts der zunehmenden Menschenrechtsverstöße, insbesondere in Staaten wie z.B. dem Iran, Pakistan oder Ägypten, nicht ohne Grund das Motto der diesjährigen Jahreshauptversammlung: Die Menschenrechte verlieren nämlich mehr und mehr ihre Gültigkeit, die Menschenrechtskommission als Gremium zum Schutze der Menschenrechte dient Menschenrechtsverweigerern, die je nach politischen Ansichten die Menschenrechte unter Vorbehalt stellen wollen – vor allem seit Ersetzung der Menschenrechtskommission durch den Menschenrechtsrat, dazu, die Universalität der Menschenrechte in Frage zu stellen, abzulehnen oder gar aufzuheben. Die Menschenrechte, die gleichermaßen für alle Menschen Geltung haben, also universal sein sollten, verlören dann ihre Gültigkeit, es gäbe keinen einheitlichen Maßstab mehr.

Das ist laut der IGFM bereits der Fall: Vor zwei Jahren wurde mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Staaten im Menschenrechtsrat entschieden, dass Menschenrechtsverletzungen, deren Ursachen auf Vorschriften des Islam zurückgeführt werden können, nicht mehr kritisiert werden dürfen. Wer dies trotzdem tue, mache sich des Rassismus schuldig. Die IGFM wird trotzdem weiterhin die Hintergründe von Verfolgungen benennen, sich weiterhin z.B. gegen Steinigungen und für das Recht auf Konversion einsetzen. Auch wir sollten das tun und unsere Stimme z.B. für die Kopten in Ägypten erheben, denn Schuld an dieser Entwicklung hat die „Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam“, mit der vor 20 Jahren über 50 Außenminister islamischer Länder von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte abgewichen sind und sie unter den Vorbehalt der Scharia gestellt hatten.

Was heißt das konkret? Die Scharia muss akzeptiert werden, denn sie ist für die Moslems das Gesetz Allahs, dem sich alle

zu unterwerfen haben. Die Strafen, die die Scharia vorsieht, dürfen verhängt werden – entgegen des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Religions- und Meinungsfreiheit existieren nicht, Islamkritiker erhalten einen Maulkorb. Ein Rückfall in archaische Zeiten und ein Verrat an das, wofür unsere Väter gekämpft haben.

Insofern wurde der Christenverfolgung in islamischen Staaten besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Es fanden Podiumsdiskussionen statt (den Menschenrechtsverletzungen im Iran wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt), Ehrungen wurden vorgenommen (ein mutiger Journalist erhielt den Medienpreis der IGFM), Zeugen bzw. Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen aus dem Iran, aus Kuba, Ägypten und Russland berichteten, und zuletzt fanden verschiedene Arbeitskreise statt.

Gabriele berichtet vom Arbeitskreis „Ägypten – Menschenrechte für alle Ägypter“. Eigens aus den USA angereist war Mr. Michael Meunier, der Präsident und Gründer der „U.S. Copts Association“, der von den Diskriminierungen der Kopten berichtete und 1990 in die USA auswanderte, weil er die Diskriminierungen nicht mehr ertragen wollte und diese auch in wirtschaftlicher Not gipfelten. Ein in Deutschland lebender Kopte wies auch auf die Gefährlichkeit des Islam – als Ursache der Diskriminierungen – für Deutschland hin, denn diesbezüglich besteht noch viel Aufklärungsarbeit. Thema des Kreises war die Aufklärung über die vielfältigen Arten der Diskriminierung von Kopten sowie die Diskussion darüber, wie Hilfe zu leisten ist.

Die Kopten, das Urvolk Ägyptens (bereits im 2. Jh. war Ägypten vollständig christianisiert), sind mit 15% die größte christliche Minderheit in einem islamischen Land, wobei bereits seit den 60er-Jahren ca. zwei Millionen Kopten, also ein Sechstel, Ägypten verlassen haben. Sie leben heute im Exil in den USA, Europa, Australien und Kanada. Das Leid der christlichen Kopten begann im 7. Jh. aufgrund der Eroberung

des Landes durch die Araber und infolge der nachfolgenden Zwangsislamisierung, denn viele konnten das Geld für die zu zahlende Djizia nicht aufbringen. Unter Nasser ab 1952 begann die berufliche Diskriminierung, Kopten wurden aus dem Staatsdienst entlassen und gut bezahlte Jobs in der freien Wirtschaft wurden nur an Muslime vergeben.

Obwohl Ägypten die UNO-Menschenrechtskonvention von 1948 unterschrieben hat und somit die Gleichstellung aller Menschen im Staat zu gewährleisten hat, sind die Kopten doch unterprivilegiert und sowohl einer gesetzesmäßigen Diskriminierung als auch einer perfiden Ungleichbehandlung, einer inoffiziellen Benachteiligung ausgesetzt: Eine Aussage eines Kopten vor Gericht gegenüber der eines Moslems zählt nicht, der Moslem erhält Recht, zumal alle Richter Moslems sind. Auch wird nur eine verschwindend geringe Minderheit an Kopten in die ägyptische Polizei- und Militärakademie aufgenommen. Vom Besuch der Al-Azhar-Universität sind sie ausgeschlossen. Gleichwohl finanzieren auch die Kopten durch ihre Steuergelder aber diese Universität und ebenso die Al-Azhar-Sekundar- und Primarschulen. Ausländische Moslems erhalten vom ägyptischen Staat Stipendien für den Besuch der Al-Azhar-Universität, nicht aber die Urbevölkerung des Landes Ägypten, die Kopten, die auch ihre Sprache nicht sprechen dürfen. In den letzten Jahren enthielten die neu erstellten Personalausweise der Kopten den Vermerk „Muslim“ als Religionszugehörigkeit. Eine Änderung erfolgt nicht, denn das wäre Apostasie. Ebenso dürfen – aus wirtschaftlicher Not – zum Islam konvertierte Kopten nicht wieder zum Christentum rekonvertieren.

Genehmigungen zum Bau oder nur zur Reparatur einer Kirche werden nicht erteilt. Immer mehr koptische junge Frauen und Mädchen werden entführt, vergewaltigt, zwangsislamisiert und zwangsverheiratet und auch in die Prostitution geschickt. Am schlimmsten sind jedoch die Überfälle auf Kopten, wobei eine strafrechtliche Verfolgung der Täter nicht erfolgt. Die

Polizei ergreift auch niemals Partei für die Kopten, sondern stellt sich auf die Seite der Täter, der Moslems. Jüngstes Beispiel sind die Ermordungen von sieben Kopten durch Moslems am Weihnachtstag während des Gottesdienstes. Ein weiteres Beispiel sind die koptischen Müllsammler von Kairo. Ihre Schweine wurden grausam getötet und damit wurde den Müllsammlern die Existenzgrundlage entzogen, denn der gesammelte Hausmüll bzw. die Gemüseabfälle wurden an die Schweine verfüttert. Ein Hilfsprojekt wurde aber gestartet, und zwar in Form von der Sanierung der Plastikrecyclingbetriebe der Müllsammler.

Aus Angst wehren sich die Kopten auch nicht. Nur die in der Diaspora lebenden Kopten können an die Regierungen appellieren und auf die Einhaltung der Menschenrechte drängen. Jedoch zeigte sich Enttäuschung, da seitens westlicher Politiker kein Interesse besteht, den Kopten zu helfen.

Jeder kann sich an die ägyptische Regierung oder an die ägyptische Botschaft (auch in englisch) wenden und folgende Forderungen stellen:

- Beendigung der Diskriminierung von Kopten im Staatsapparat
- Beendigung des Polizeiterrors gegen die Kopten
- Schutz des Hab und Guts der Kopten
- Rückgabe konfiszierter Kirchenstiftungen
- Genehmigung des Baus und der Reparaturen von Kirchen
- Überarbeitung der Verfassung und der gesetzlichen Bestimmungen derart, dass sie von allen Verstößen gegen die Menschenrechtskonvention von 1948 frei sind und dadurch die Gleichheit aller Ägypter vor dem Gesetz und ihre Religionsfreiheit gewährleistet ist.

So haben wir auch ein Schreiben an die Botschaft geschickt, in dem wir mitteilten, dass wir den Tourismus in Ägypten nicht unterstützen. Ägypten wird von uns wegen der Menschenrechtsverletzungen an Kopten nicht bereist.

Ein wichtiger Punkt stellte die konkrete Hilfe in Form von Projekten dar, und zwar die Entwicklung und Umsetzung von Hilfsprojekten in Bezug auf rechtliche Hilfe, Hilfe im sozialen Bereich und wirtschaftliche Hilfe, denn viele Kopten sind arbeitslos, weil sie hinsichtlich der Stellenbesetzungen diskriminiert werden.

Jeder kann helfen, protestieren, demonstrieren. Nicht zuletzt sollten wir aufklären, auch wenn wir uns damit des „Rassismus“ schuldig machen, denn was den Kopten in Ägypten widerfährt, könnte auch in Europa, in Deutschland eines Tages zur bitteren Wahrheit werden, wenn wir uns nicht wehren. Es könnte der Tag kommen, an dem der Islam auch hier die Herrschaft übernimmt und alle Andersgläubigen und Andersdenkenden nicht nur diskriminiert und diffamiert und damit in die Armut führen wird, sondern an dem Andersdenkende nicht – wie einst hier – in die Gaskammern getrieben werden, aber am Baukran hängen oder dem muslimischen Schwert zum Opfer fallen werden. Der Islam ist eine faschistische Ideologie, die sich unter dem Deckmantel der Religion tarnt, die ihren imperialistischen Bestrebungen nachkommen muss, die Welt islamisieren muss, um der „ewigen Strafe Allahs“ entgehen zu können. Der Weg ins Paradies führt nur über den Djihad und auch den Qital. Der Islam ist ebenso totalitär wie der Nationalsozialismus, dem Millionen Menschen zum Opfer fielen – nur weil sie anders waren, weil sie anders dachten. Deshalb ist es eine Schande, wenn gerade Deutsche dieses nicht begreifen, wenn sie einer mörderischen Ideologie den Weg bereiten. Es ist eine Schande, nicht aus der Vergangenheit gelernt zu haben.

PI-Ruhr-West-Gruppenmitglied Dr. Dietrich K. nahm am Arbeitskreis „Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit“ teil. Der Geschäftsführende Vorsitzende der IGFM Karl Hafen hielt einen bewegenden Vortrag über die jahrzehntelange Zersetzungsarbeit des MfS gegen die IGFM. Im einzelnen wurde gezeigt, wie hohe und höchste Kreise des MfS systematische Kampagnen zur Diffamierung und Diskreditierung der IGFM geführt haben, z. B.

durch Versenden gefälschter Briefe der IGFM an zahlreiche bundesrepublikanische Stellen. Über 10.000 Einzelakten der IGFM warten noch immer auf eine systematische Aufarbeitung.

Der Stellvertretende Vorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Theodor Mittrup, hielt einen umfassenden Überblicksvortrag über die politischen Gefangenen der SBZ und der DDR. Für die DDR nannte er eine Zahl von 220.000 politischen Gefangenen.

Auf Aufforderung sprach Dr. Dietrich K. aus dem Publikum über den politischen Psychiatriemissbrauch in der DDR. Das Haftkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie der Haftanstalt Waldheim war die zentrale Stelle für vom MfS in Auftrag gegebene psychiatrische Begutachtungen. Der Direktor, Oberstleutnant Dr. Ochernal, fertigte in 25 Jahren in Waldheim und später für Hohenschönhausen etwa 1000 Gutachten für das MfS. Es ist nach wie vor unbekannt, wieviele davon die Empfehlungen nach § 16 Abs. 1 bzw. Abs. 3 StGB/DDR (erheblich verminderte Zurechnungsfähigkeit, psychiatrische Unterbringung) enthielten, in welchem Prozentsatz diese zu Einweisungsbeschlüssen der Gerichte führte und was aus den politischen Gefangenen geworden ist. Hohe Dosen von Neuroleptika dürften in Jahrzehnten ihre Wirkungen nicht verfehlt haben. An seinem eigenen Schicksal demonstrierte Dietrich K., dass er als Gesunder zur unbefristeten Unterbringung in der Psychiatrie verurteilt wurde, „um die Gesellschaft vor staatsfeindlichen Angriffen zu schützen“, also zu lebenslanger Sicherungsverwahrung. Am Arbeitskreis nahmen u. a. auch das Kuratoriumsmitglied der IGFM, Siegmund Faust, und der ehemalige Präsident der IGFM, Dr. Reinhard Gnauck, teil.

Wer sich unserer PI-Gruppe anschließen möchte, schreibe bitte an pi.ruhr-west@t-online.de. Wir freuen uns über jeden Menschen, der uns helfen möchte, denn wir haben noch viel vor. Vielen Dank! Außerdem: Weitere Berichte von anderen PI-Ruhr-Westlern folgen demnächst.

(Text: Dietrich & Gabriele)